

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- Studie des Wirtschaftspolitischen Zentrums: „Österreich in der EU oder Öxit?“ 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- Vorläufige Einigung bei Geldmarktfonds-Verordnung 3
- Plenartagung zu Luftschadstoffen, Türkei, Investitionen 3

Rat der EU

- Einigung über den EU-Haushaltsplan 2017: Fokus auf Wirtschaft und Flüchtlingskrise 4

Europäische Kommission

- Kommission schlägt EU-weites Reiseinformations- und genehmigungssystem vor 4
- Europäisches Semester: Kommission schnürt Herbstpaket 5
- Studie zu den Auswirkungen künftiger Handelsabkommen auf die Landwirtschaft 5
- Zur Situation der LandwirtInnen: Expertenbericht vorgestellt 6
- Winterenergiepaket der Kommission – eine Energie-Kehrtwende? 6

Sonstiges

- Europäischer Rechnungshof kritisiert Europäische Bankenaufsicht 7
- EuGH: Fristen für die Rechtsverfolgung sind mit dem Unionsrecht vereinbar 7
- Treibhausgas-Emissionen 2015 in der EU leicht gestiegen 8
- Eurostat-Veröffentlichung: Statistiken zu Energie, Verkehr und Umwelt 8

Ihre Stimme in Europa

- Laufende Konsultationen 9

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum und Abbildungsverzeichnis 11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Studie des Wirtschaftspolitischen Zentrums: „Österreich in der EU oder Öxit?“

Nach dem Brexit-Votum in Großbritannien hat die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) beim Wirtschaftspolitischen Zentrum (WPZ) in Wien eine Studie zur Frage „Österreich in der EU oder Öxit?“ in Auftrag gegeben. Die Studie, die am 15. November 2016 vorgestellt wurde, kam zu dem Ergebnis, dass ein Öxit der österreichischen Wirtschaft enorm schaden würde.



Die WPZ-Studie zeigt die Vor- und Nachteile auf, die die EU-Mitgliedschaft Österreich bringt. So hat sie die heimische Wirtschaft belebt und Österreich in Europa aufsteigen lassen. Dafür zahlt Österreich allerdings auch einen erheblichen Nettobeitrag. Die Aufgabe von Autonomie und Selbstbestimmung wird kompensiert durch Mitsprachemöglichkeiten auf EU-Ebene bei allen Entscheidungen in Rat und EU-Parlament. Der Zugewinn an Einkommen und Wohlstand übersteigt die Beitragszahlungen jedoch bei weitem. Laut der Studie würde der EU-Austritt die österreichische Wirtschaft erheblich schwächen. Allen voran profitiere Österreich vom Abbau der Handelsbarrieren innerhalb der EU. Bei einem Öxit sei mit Zöllen und Bürokratiekosten zu rechnen, die österreichische Unternehmen jetzt nicht hätten. Gleichzeitig warnte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl vor dem Verlust von 150.000 Jobs. Der beiderseitige Marktzugang fördere den Wettbewerb und treibe Innovation voran. Die daraus folgende Spezialisierung mache Österreich konkurrenzfähiger, so WPZ-Chef Keuschnigg. Seit dem EU-Beitritt Österreichs habe die Gesamtexportrate real um rund 154 % zugenommen, jene innerhalb der EU um 224 %.

Mit 566.000 Beschäftigten stellen ausländische Unternehmen in Österreich ein Fünftel der Beschäftigten, ein Drittel der Umsatzerlöse und rund ein Viertel der Wertschöpfung.

Je nach Szenario würden die negativen Konsequenzen unterschiedlich stark ausfallen: Bei einem „hard Öxit“, also einer Zurückstufung Österreichs als EU-Drittland würde der Einkommensverlust langfristig, d.h. binnen etwa zehn Jahren, den gesamten derzeitigen Wohlstandsgewinn, 7 % des BIPs, wieder zunichtemachen. Österreich müsste wieder Zölle zahlen und wäre wieder mit zunehmenden nicht-tarifären Handelshemmnissen konfrontiert. Dem steht ein Maximum an möglichen Einsparungen in Höhe der Nettobeiträge von weniger als 0,4 % des BIP gegenüber. Bei einer Kooperation etwa im Form eines Europäischen Wirtschaftsraumes würde sich der BIP-Verlust auf 1-2 % des BIPs belaufen. Laut einer aktuellen Sora-Jugendumfrage ist die Bereitschaft zu einem EU-Austritt unter Österreichs Jugend mit einer Zustimmungsrate von 28 % deutlich stärker ausgeprägt als in anderen Ländern der EU, wie etwa in Deutschland, mit lediglich 11 % Zustimmung.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Vorläufige Einigung bei Geldmarktfonds-Verordnung

Europäisches Parlament, Kommission und Rat haben sich auf den Vorschlag zur Geldmarktfonds-Verordnung geeinigt, mit der die Robustheit solcher Produkte erhöht werden soll.

Geldmarktfonds (Money Market Funds – MMF) stellen eine bedeutende kurzfristige Finanzierungsquelle für Unternehmen und staatliche Einrichtungen dar. Die Verordnung soll dafür sorgen, dass Geldmarktfonds auch in Krisenzeiten ausreichend sicher und stabil sind. Der Entwurf enthält Vorschriften zur Portfoliozusammensetzung und zur Bewertung ihrer Vermögenswerte. Damit soll garantiert werden, dass die Fonds in gut diversifizierte Vermögenswerte

höchster Bonität investiert werden. Darüber hinaus sollen Standards eingeführt werden, um die Liquidität der Fonds zu erhöhen. Die Fonds müssen auch bei heftigen Turbulenzen an den Finanzmärkten in der Lage sein, jederzeit sämtliche Anteilscheinrückgaben von Kunden zu erfüllen.

[Mehr Informationen](#)

Plenartagung zu Luftschadstoffen, Türkei, Investitionen

Auf der Tagesordnung der dieswöchigen Plenartagung vom 21. bis 24. November 2016 in Straßburg stehen zahlreiche wirtschaftsrelevante Themen. So stimmt das Europäische Parlament unter anderem über geplante strengere nationale Grenzwerte für Emissionen von bestimmten Schadstoffen ab.

Die neuen Vorschriften legen nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen unter anderem für Schwefeldioxid (SO₂), Stickoxide (NO_x) und Feinstaub fest. Diese Einigung wurde in den letzten Stunden der niederländischen Ratspräsidentschaft gegen erhebliche Bedenken Österreichs erreicht. Die Reduktionsverpflichtungen sind insbesondere für Österreich sehr ambitioniert.

Am Dienstag erörterten die Abgeordneten in einer Debatte mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini die Frage, ob die Verhandlungen für

einen EU-Beitritt der Türkei ausgesetzt oder unter zusätzlichen Bedingungen fortgesetzt werden sollen. Am Donnerstag steht eine entsprechende Entschließung zur Abstimmung.

In einer Debatte am Donnerstag mit dem für Wirtschaft zuständigen Kommissions-Vizepräsidenten Pierre Moscovici wollen die EU-Abgeordneten die EU-Kommission auffordern, Investitionen in Innovation, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen vorrangig zu behandeln.

[Mehr Informationen](#)



Rat der EU

Einigung über den EU-Haushaltsplan 2017: Fokus auf Wirtschaft und Flüchtlingskrise

Der Rat und das Europäische Parlament einigten sich am 17. November 2016 über den Haushaltsplan 2017. Wie von der Kommission vorgeschlagen, wird die Europäische Union im kommenden Jahr mehr Geld ausgeben, um Europa wettbewerbsfähiger und sicherer zu machen.

Das Budget 2017 sieht Ausgaben in Höhe von 134,5 Mrd. Euro vor. Insgesamt kann die EU dabei auch längerfristige Zahlungsverpflichtungen von 157,9 Mrd. Euro eingehen. Von dem gesamten Budget wird die Hälfte der Mittel (74,9 Mrd. Euro an Verpflichtungen) zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt. Weitere 53,59 Mrd. Euro aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) entfallen auf die Förderung der Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten und den Regionen.

42,6 Mrd. Euro sind für die Unterstützung europäischer LandwirtInnen vorgesehen. Mit knapp 6,0 Mrd. Euro stehen ca. 11,3 % mehr Mittel für den Schutz der Außengrenzen sowie der Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise zur Verfügung als 2016. An anderen Stellen wird der Finanzbedarf für 2017 hingegen geringer gesehen als in diesem Jahr, so beispielsweise in der Regionalpolitik.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Kommission

Kommission schlägt EU-weites Reiseinformations- und genehmigungssystem vor

Auf Aufforderung der Staats- und Regierungschefs hat die Europäische Kommission am 16. November 2016 ein Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS), nach amerikanischem Vorbild (ESTA), zur Überprüfung von Reisenden vor ihrer Ankunft vorgeschlagen.

Staatsangehörige von Ländern, für die eine Visaliberalisierung gilt (z. B. USA, Australien und Brasilien), werden nach wie vor ohne Visum reisen können. Sie sollen vor ihrer Einreise in den Schengen-Raum allerdings künftig einen Online-Antrag stellen. Ihre Angaben, unter anderem zu ihrer Identität oder ihrem Aufenthaltsort, sollen dann automatisch mit Daten über potenziell gefährliche oder mit Einreiseverbot belegte Personen abgeglichen werden. Wird kein Treffer ermittelt, soll die Einreisegenehmigung

automatisch innerhalb weniger Minuten erteilt werden. Dies wird dazu beitragen, Personen zu ermitteln, die ein mögliches Risiko im Hinblick auf die irreguläre Migration oder die Sicherheit darstellen. Hierdurch wird die Sicherheit der Außengrenzen erheblich verbessert. Einreisegenehmigungen sollen für einen Zeitraum von fünf Jahren gelten und berechtigen zu mehreren Aufenthalten von maximal 90 Tagen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Europäisches Semester: Kommission schnürt Herbstpaket

Die Europäische Kommission leitete am 26. November 2016 mit der Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts und weiterer Dokumente das Europäische Semester 2017 ein.

Europa erlebt eine noch fragile, aber relativ widerstandsfähige und jobintensive Erholung. Ohne Schlüsselreformen wird sich jedoch der Erfolg nicht einstellen. Daher fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen bei Investitionen, Struktur-reformen und einer verantwortungsvollen Fiskal-politik zu verdoppeln. Besonderes Augenmerk soll dabei auf soziale Gerechtigkeit und um-fassenderes Wachstum gelegt werden. Die Kommission sieht EU-weit Fortschritte bei der

Korrektur von makroökonomischen Ungleich-gewichten. Herausforderungen, insbesondere im Bankensektor und bei der Entwicklung der Immobilienpreise, bestehen aber nach wie vor. Im Vergleich zum Vorjahr sieht die Kommission für Österreich zwar weiterhin einige Indikatoren überschritten (z.B. öffentlicher Schuldenstand), jedoch scheinen die Risiken unter Kontrolle.

[Mehr Informationen](#)

Studie zu den Auswirkungen künftiger Handelsabkommen auf die Landwirtschaft

Die Europäische Kommission legte am 15. November 2016 den EU-LandwirtschaftsministerInnen eine Studie zu den Auswirkungen künftiger Freihandelsabkommen auf den Agrarsektor vor. Die wirtschaftliche Studie bestätigt den derzeitigen Ansatz der EU, sensible Sektoren zu schützen.

Insgesamt überwiegen aus Sicht der Kommission die Vorteile für die europäische Agrarbranche durch Freihandelsabkommen. Erhebliche Zuwächse werden demnach etwa im Milch- und Schweinefleischsektor erwartet – zwei Bereichen, die in den letzten Jahren zu kämpfen hatten. Risiken bestehen hingegen vor allem für die Sektoren Rindfleisch und Reis. Laut der Studie könnten die Handelsabkommen dort zu einem Rückgang der Erzeugerpreise führen. In den Handelsverhandlungen müsse daher darauf

geachtet werden, diese sensiblen Sektoren besonders zu schützen. Die EU-Mitgliedstaaten hatten die Kommission beauftragt, zwölf Freihandelsabkommen auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Europa zu untersuchen. Dazu zählen unter anderem auch das kürzlich abgeschlossene CETA-Abkommen mit Kanada und das umstrittene TTIP-Abkommen mit den USA.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Zur Situation der LandwirtInnen: Expertenbericht vorgestellt

Am 14. November 2016 wurde von der Task Force „Agrarmärkte“ ein Bericht zur aktuellen Situation der LandwirtInnen von zwölf unabhängigen ExpertInnen dem EU-Landwirtschaftskommissar Phil Hogan vorgestellt.

Zu den Schlussfolgerungen des Berichts zählen Forderungen nach neuen Regeln auf EU-Ebene, um gegen bestimmte unfaire Handelspraktiken vorzugehen. Die Task Force schlägt weiters vor, in den Mitgliedstaaten Durchsetzungsmechanismen beispielsweise in Form von SchiedsrichterInnen einzusetzen. Andere Empfehlungen betreffen unter anderem die Erhöhung der Markttransparenz sowie die Erleichterung des Zugangs von LandwirtInnen zu Finanzmitteln.

Ferner unterschreibt die Task Force „Agrarmärkte“ die Bedeutung von Forschung und Innovation sowie die Gewinnung von JunglandwirtInnen für diesen Sektor. Der Bericht hat vor allem deshalb große Bedeutung, da er in die Diskussion über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in der Zeit nach 2020 einfließen wird.

[Mehr Informationen](#)

Winterenergiepaket der Kommission – eine Energie-Kehrtwende?

Mehrere Entwürfe des sogenannten Winterenergiepakets der Europäischen Kommission sind letzte Woche vorab an die Öffentlichkeit geraten.

Das für den 30. November erwartete Winterenergiepaket der Kommission soll unter anderem eine Reform der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie und Energieeffizienzrichtlinie sowie eine tiefgreifende Überholung des EU-Energiemarkts enthalten. Flankiert wird das Paket von einer „Governance“-Verordnung, um die Erfüllung der Klima- und Energieziele bis 2030 sicherzustellen. Diese soll als „horizontales“ Regelwerk alle

Planungs- und Berichterstattungspflichten im Klima- und Energiebereich zusammenfassen. Das im Januar 2014 vom Europäischen Rat verabschiedete Ziel der Governance-Verordnung, bis 2030 mindestens 27 % Erneuerbaren-Anteil am Energiemix zu erreichen, ist vielfach als zu wenig ambitioniert kritisiert worden.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Europäischer Rechnungshof kritisiert Europäische Bankenaufsicht

Die gemeinsame europäische Bankenaufsicht hat nach einem Bericht des Europäischen Rechnungshofs noch Mängel. Es gebe zu wenig Personal, teilten die RechnungsprüferInnen in ihrem am 18. November 2016 veröffentlichten Bericht mit.

In dem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs finden sich neben Worten der Anerkennung für den raschen Aufbau des neuen Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) auch etliche Verbesserungsvorschläge. Die Europäische Zentralbank (EZB) verlasse sich bei der Kontrolle der Geldinstitute zu stark auf die Behörden der Mitgliedstaaten. Die MitarbeiterInnen der EZB hätten entgegen den Regeln nur wenige Vor-Ort-Prüfungen von Banken selbst geleitet. So hätten die Prüfteams zu gut 90 % aus MitarbeiterInnen nationaler

Behörden bestanden. Die PrüferInnen wiesen in dem Bericht auch darauf hin, dass geldpolitische Aufgaben und Aufsichtspflichten der EZB eigentlich streng getrennt sein sollten. Durch die Nutzung gemeinsamer interner Dienste bestehe aber die Gefahr von Interessenkonflikten. Neben dem Personal fehle es der EZB auch an Transparenz. Die Zentralbank habe die Herausgabe eines Großteils der für die Prüfung erforderlichen Dokumente verweigert.

[Mehr Informationen](#)

EuGH: Fristen für die Rechtsverfolgung sind mit dem Unionsrecht vereinbar

Der Europäische Gerichtshof hat am 17. November 2016 über zwei einschlägige österreichische Umsetzungsbestimmungen entschieden, die das Genehmigungsverfahren des UVP-Gesetzes betreffen.

Zum einen entschieden die RichterInnen in Bezug auf die im österreichischen Recht bestehende Genehmigungsfiktion des UVP-Gesetzes, dass sie nicht die Voraussetzungen der in der UVP-Richtlinie verankerten Ausnahmeregelung erfüllt. Laut Genehmigungsfiktion gelten Projekte nach Ablauf einer Ausschlussfrist von drei Jahren als im Einklang mit dem UVP-Gesetz. Darüber hinaus berge diese Genehmigungsfiktion laut EuGH die Gefahr, dass Vorschriften des Unionsrechts umgangen oder nicht angewandt werden.

Die RichterInnen beschäftigten sich zudem mit einer österreichischen Norm, nach welcher Genehmigungen ohne UVP nur innerhalb einer Frist von drei Jahren als nichtig erklärt werden können. Diesbezüglich hielten die RichterInnen fest, dass die Festsetzung einer (angemessenen) dreijährigen Frist für die Rechtsverfolgung im Interesse der Rechtssicherheit mit dem Unionsrecht vereinbar sei.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Treibhausgas-Emissionen 2015 in der EU leicht gestiegen

Vorläufige Schätzungen der Europäischen Umweltagentur (EEA) zeigen, dass die Treibhausgas-Emissionen (THG) in der gesamten EU im Jahr 2015 leicht gestiegen sind. Sie liegen allerdings trotzdem um ca. 22 % unter dem Niveau des Jahres 1990.

Diese Entwicklung folgt der außergewöhnlichen Reduktion um 4 % von 2013 auf 2014, die auf einen besonders warmen Winter zurückzuführen war. Bei den Emissionen aus Industrie und Energieerzeugung, die im EU-Emissionshandels-systems (EHS) erfasst sind, zeichnet sich für 2015 ein weiterer Rückgang ab. Die THG-Emissionen aus Verkehr, Gebäuden, Abfall- und Landwirtschaft nehmen hingegen zu. Insbesondere die THG-Emissionen aus dem Verkehr stiegen im zweiten Jahr in Folge an.

Für Österreich ergibt die erste Abschätzung des Umweltbundesamts, dass die Treibhausgas-Emissionen für das Jahr 2015 gegenüber 2014 voraussichtlich um 3,2 % anwachsen. Gründe für diese Entwicklung sind insbesondere eine Verschiebung der Stromproduktion von Wasserkraft auf Gaskraftwerke sowie der höhere Einsatz von Treibstoffen im Verkehr und der höhere Heizbedarf von Gebäuden aufgrund der Witterung.

[Mehr Informationen](#)

Eurostat-Veröffentlichung: Statistiken zu Energie, Verkehr und Umwelt

Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, veröffentlichte im November 2016 das statistische Buch über Energie, Verkehr und Umwelt.

Die Veröffentlichung des statistischen Buchs soll einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren für die Bereiche Energie, Verkehr und Umwelt vermitteln. Aus den gesammelten Daten geht beispielsweise hervor, dass die Strompreise für Privathaushalte in der EU seit 2008 um ein Drittel gestiegen sind; die Gaspreise wurden aber nur um ein Viertel teurer. Erfasst wurde auch, dass es in der EU halb so viele Pkw (250 Mio.) wie EinwohnerInnen gibt.

Das Statistische Buch zeigt zudem auf, dass Österreich 2014 mit 70 % den höchsten Anteil bei Strom aus Erneuerbaren Energien aufwies. Der EU-Durchschnitt liegt bei 27,4 %. In Österreich ist der Anteil in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen, und zwar von 61,8 % im Jahr 2004 auf 70 % im Jahr 2014.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Fragebogen zu einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit Tunesien](#) 21.11.2016 – 22.02.2017

[Öffentliche Konsultation – Verbrauchsteuern auf Tabakwaren](#) 17.11.2016 – 16.02.2017

[Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und –intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien](#) 10.11.2016 – 16.02.2017

[Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union](#) 28.10.2016 – 27.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT](#) 28.10.2016 – 28.01.2017

[Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern](#) 28.10.2016 – 23.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie](#) 21.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung von Horizont 2020](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Betroffenen über das Euratom- Forschungs- und Ausbildungsprogramm](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Offene öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation \(EaSI\)](#) 12.10.2016 – 11.01.2017

[Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle](#) 07.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Eignung der EU-Rechtsvorschriften zu Sicherheit und Effizienz im Seeverkehr](#) 07.10.2016 – 08.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen](#) 30.09.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Aufzugsrichtlinie 95/16/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation im Rahmen der REFIT-Bewertung der Zoo-Richtlinie \(Richtlinie 1999/22/EG des Rates über die Haltung von Wildtieren in Zoos\)](#) 15.09.2016 – 08.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Sozialvorschriften im Straßentransport](#) 05.09.2016 – 11.12.2016

[Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte](#) 08.03.2016 – 31.12.2016



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Justiz und Grundrechte			
Roma, Rassismus, Bürgerschaft, Rassismus, Xenophobie, Dialog, gegenseitiger Respekt, Tolleranz, Gesetz, aktive Staatsbürgerschaft, politisches Engagement	ACTION GRANTS 2016: EUROPEAN CITIZENSHIP RIGHTS, ANTI-DISCRIMINATION, PREVENTING AND COMBATING INTOLERANCE*	29/11/2016 - 05/01/2017 - 17/01/2017 - 28/02/2017	€ 12.000.000
Kinder und Jugendschutz, Migranten, Asyl, Gewalt gegenüber Minderjährigen	ACTION GRANTS 2016: RIGHTS OF THE CHILD; VIOLENCE AGAINST CHILDREN*	13/12/2016	€ 5.000.000
E-Justice, Rechte, juristische Zusammenarbeit, Strafrechtspflege, Terrorismus, Extremismus, Ausbildung	JUSTICE PROGRAMME - CALLS FOR PROPOSAL FOR ACTION GRANTS 2016*	25/10/2016 - 07/12/2016 - 15/11/2016 - 16/11/2016 - 11/01/2017	€ 3.500.000
Datenschutz, Ausbildung	ACTION GRANTS TO SUPPORT TRAINING ACTIVITIES ON THE DATA PROTECTION REFORM*	25/01/2017	€ 2.300.000
Politische Bildung, Justiz, sexuelle Gewalt, Sensibilisierung, Kinder und Jugendliche	ACTION GRANTS 2016: VICTIMS OF GENDER-BASED VIOLENCE AND EARLY PREVENTION*	08/03/2017	€ 6.000.000
Sicherheit, Zivilschutz, Awareness Raising, Gewalt, Radikalisierung, Big Data, Technologien, IT Systeme, Grenzen	SECURITY*	24/08/2017	€ 101.000.000
Cyber-Security, KMU, Privacy, ICT, Datenschutz, digitale Identität	DIGITAL SECURITY FOCUS AREA*	25/04/2017	€ 107.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Michaela Moosbrugger

Abbildungsverzeichnis

<https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Europa-und-Internationales/Leitl-zu--Oexit--Oesterreich-koennte-bis-zu-150.000-Arbe.html>

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/5090189/43-Prozent-der-Oesterreicher-fur-OxitAbstimmung>